

# Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 174, Ausgabe III / 2011

## Kahlschlag bei Neuköllner Jugendarbeit

Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold berichtet, wie der Bezirksbürgermeister als Wahlkampfmanöver mutwillig Neuköllner Kindern und Jugendlichen die Unterstützung entzieht. **Seiten 2 und 3**

## 10 Jahre eingetragene Partnerschaft

Anja Kofbinger, lesben- und schwulenpolitische Sprecherin der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus, informiert darüber, was wir schon erreicht haben und was wir noch erreichen wollen. **Seite 5**

## Unsere Kandidat\_innen für Berlin

Wir stellen Ihnen unsere Direktkandidat\_innen für die sechs Neuköllner Wahlkreise vor und informieren Sie über ihre wichtigsten politischen Zielsetzungen **Seiten 6 und 7**

## BUNTE AKTIONEN IM SÜDEN

# Vielfalt und Toleranz für Neukölln



Bunte Ästhetik gegen Intoleranz: bemalter Verteilerkasten im Blumenviertel. Foto: Susanne Lippert

Gerade ist in Rudow die inzwischen dritte Kunstaktion für Vielfalt, Toleranz und Demokratie erfolgreich zu Ende gegangen. Zeit für einen kleinen Rückblick auf die vergangenen Jahre.

### Naziaufmarsch verhindert

2008 begann der Neuköllner Aktionsplan Vielfalt, Toleranz und Demokratie (LAP) in Rudow, für den zunächst für drei Jahre jährlich 100.000 Euro für Projekte gegen demokratiefeindliche Tendenzen zur Verfügung standen. Zunächst musste er gegen viel Skepsis bei den Spitzen von SPD und CDU, ob man damit nicht „die Rechten erst interessant macht“ und „dem Ruf Rudows und ganz Neuköllns schadet“, verteidigt werden, denn der Grund für den Lokalen Aktionsplan war die deutliche Präsenz rechter Gruppen in Rudow und Brandanschläge aus dieser Szene auf Wohnhäuser von Migrantenfamilien. Als aber als erster Erfolg 2008 der jährliche Aufmarsch rechtsextremer Gruppen am ersten Dezemberwochenende durch eine erste Kunstaktion verhindert werden konnte, verstummten die Kritiker\_innen.

### Schaufenster als Ausstellungsfläche

Seitdem hat es eine Fülle von Aktivitäten gegeben, in denen Rudowerinnen und Rudower aller Generationen deutlich gemacht haben, dass sie für ein Rudow stehen, in dem Demokratie und Toleranz die Leitlinien für ein friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben sind. Es gab Aufklärungsveranstaltungen und interkulturelle Feste und immer wieder Kultur.

Da wurde Theater gespielt, es wurden die Verteilerkästen im Blumenviertel, die die Rechten oft und gern mit ihren Parolen verschandelt hatten, von Jugendlichen wunderschön bemalt und es gab in jedem Jahr eine Aktion von Künstler\_innen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Einzelhändlern und Gewerbetreibenden, bei der die Schaufenster in Alt-Rudow zur Ausstellungsfläche wurden, um im Jahr 2009 Grundrechte und ihre Bedeutung und 2010 Ideen zu Vielfalt und Toleranz sichtbar zu machen und damit Diskussionen anzustoßen.

### Auf der Suche nach dem Glück

In diesem Jahr stand die Kunstaktion in Alt-Rudow unter dem Motto „Auf der Suche nach dem Glück“. Das klingt zunächst ziemlich unpolitisch, aber wenn man darüber nachdenkt, dass jeder Mensch sein persönliches Glück sucht, dies aber auf ganz unterschiedlichen Wegen, dann ist man ganz schnell wieder bei Toleranz und Demokratie angekommen. Wenn wir jeden „nach seiner Fassung selig werden lassen“ und gleichzeitig versuchen gemeinsam „glücklich“ zu werden, dann leben wir in einer guten Nachbarschaft.

Die Aktivitäten der letzten Jahre haben die Geldgeber beim Bundesministerium so beeindruckt, dass Neukölln auch nach Auslaufen der Dreijahresförderung weitere, wenn auch geringere Mittel erhält, um die

positiven Effekte weiter unterstützen zu können. Das ist ein schöner Erfolg aller Beteiligten, denen ich für ihr Engagement und ihre vielen guten Ideen ganz herzlich danke.

### Zusammenhalt der Demokrat\_innen

In Rudow ist der Zusammenhalt derjenigen gewachsen, die sich aktiv für unsere Demokratie einsetzen. Wo noch vor wenigen Jahren die Rechten massiv Präsenz zeigten, zeigen jetzt die Rudowerinnen und Rudower Gesicht für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und werden gesehen. Rudow ist schöner geworden.

In diesem Jahr kann Neukölln einen zweiten Lokalen Aktionsplan starten, um im Norden des Bezirks das Verständnis zwischen den Bevölkerungsgruppen und den Religionen zu verbessern. Ich erwarte für diesen LAP genauso viel Erfolg, denn auch im Norden haben bereits viele engagierte Menschen begonnen, gute Ideen zu entwickeln, für ein besseres Zusammenleben aller Neuköllnerinnen und Neuköllner, egal welchen Alters, welcher Herkunft, welcher Weltanschauung und Lebensplanung, für eine gute Nachbarschaft mit allen und für alle.

Gabriele Vonnekold  
Jugendstadträtin  
Neukölln

## NEUKÖLLNS SCHÖNE SEITEN

# In der Britzer Mühle „vermehren“ lassen

Paare, die sich entschlossen haben zu heiraten, sind auf der Suche nach dem „geeigneten“ Ort der Trauung. Dabei muss es nicht immer das klassische Standesamt sein.

Die Gallerieholländerwindmühle wurde 1865/66 von Johann Wilhelm Gottlob erbaut. Im 2. Weltkrieg teils zerstört, dann wieder aufgebaut, wurde die Britzer Mühle 1955 unter Denkmalschutz gestellt und das Land Berlin erwarb das Mühlenanwesen. Neben baulichen Veränderungen wurden seither 80 Mülerrinnen und Müller ausgebildet und sie erhalten ein „Windmühlen-Diplom“.

Seit einigen Jahren sind auch Vermählungen in der Britzer Mühle möglich. Wer schon einmal im Restaurant „Britzer Mühle“ (1986 eröffnet) gespeist hat oder in der Bundesgartenschau spazieren war, kennt die Britzer Mühle, die in allen Jahreszeiten schön aussieht. Ganz besonders aber von Mai bis September. In dieser Zeit werden an fünf Samstagen Paare vom Standesbeamten vermählt und dann vom Müller „vermählt“.

Für die „Vermählung“ erscheint das Brautpaar mit Familie, Verwandten und Freunden vor der Britzer Mühle. Nicht nur das Brautpaar ist an diesem Tag in heller Aufregung, auch der Müller. Und besonderen Schmuck trägt nicht allein die Braut, auch die Mühlenflügel sind mit einer Fahnenkette geschmückt. Zunächst wird die Eheschließung vom Standesbeamten im Obergeschoss vollzogen, in dem ungefähr



Foto: Mahwareh Christians-Roshana

20 Gäste Platz finden. Nach der Vermählung findet nun die Vermählung mit dem Müller statt. Die Vermählung soll dem Brautpaar Glück bringen. Dann muss das Brautpaar die Mühlenflügel in Gang setzen, damit das künftige Eheleben in Schwung gerät. Abschließend erhält das frisch „vermählte“ Paar eine „Vermählungsurkunde“, gebackenes Brot und selbst gemahlenes Mehl. Von den Gästen freudig empfangen, gibt es einen Sektempfang, den die Mitarbeiter der Mühle organisieren.

Weitere Informationen unter:  
[www.britzer-muellerverein.de](http://www.britzer-muellerverein.de)

Mahwareh  
Christians-Roshana  
Kandidatin für die  
Bezirksverordnetenversammlung

## GRÜNE TREFFEN



Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und Tagesordnung stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter [www.gruene-neukoelln.de](http://www.gruene-neukoelln.de). Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!



DIE JUGENDSTADTRÄTIN HAT DAS WORT

# Buschkowskys mutwillige Zerstörung der Neuköllner Jugendarbeit



*„Als geborene Neuköllnerin setze ich mich dafür ein, dass Neukölln die Chancen der Vielfalt besser nutzt. Alle Neuköllnerinnen und Neuköllner sollen die Möglichkeit haben, ihre persönlichen Ziele zu verwirklichen und mit allen anderen in guter Nachbarschaft gemeinsam ein friedliches und liebenswertes Neukölln zu schaffen.“*

Ende Juni, zwei Tage, nachdem die Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold in den Sommerurlaub gefahren war, hat Bürgermeister und Finanzstadtrat Heinz Buschkowsky im Bezirkssamt einen Beschluss zum Haushalt herbeigeführt und daraufhin allen freien Trägern von Jugendeinrichtungen und präventiven Projekten für Familien von Freien Trägern gekündigt. Gleichzeitig wurden starke Kürzungen im Jugendhaushalt beschlossen, die die Arbeit in den kommunalen Einrichtungen enorm einschränken.

## Kürzungen auf der Basis unsicherer Prognosen

Begründet wurden diese Maßnahmen mit einer Prognose der Kosten für die Hilfen zur Erziehung, kurz HzE, bei der, beruhend auf einem besonders teuren Monat, ein Defizit zum Ende des Jahres von 4,3 Millionen Euro er-

rechnet wurde. Ob ein Defizit in dieser Größenordnung eintreten wird, ist dabei noch völlig offen. Erfahrungen der letzten Jahre deuten eher auf eine geringere Summe hin, aber selbst mit der worst-case-Prognose des Bürgermeisters liegt Neukölln im Mittelfeld der übrigen Berliner Bezirke, denn die HzE-Ausgaben überschreiten seit Jahren in fast allen Bezirken die Haushaltsvorgaben. Bisher ist aber in ganz Berlin niemand auf die Idee gekommen, deshalb die Jugendarbeit im Bezirk einzustellen.

## Kürzungen bei Leistungen mit Rechtsanspruch

Auf Hilfen zur Erziehung besteht ein Rechtsanspruch. Es sind Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, wenn eine Familie nicht in der Lage ist, ihre Kinder angemessen zu erziehen. Das beginnt mit Beratung und kann über den Einsatz von Familienhelfer\_innen bis zur Herausnahme

der Kinder und zur Unterbringung in Pflegefamilien oder Heimen reichen. Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen ist nicht nach Kassenlage planbar, denn wenn das Jugendamt z.B. über Kindesmisshandlungen, sexuellen Missbrauch oder grobe Vernachlässigungen informiert wird, muss eine Hilfe einsetzen, egal, wie sich die aktuelle Haushaltslage darstellt. Niemand kann wollen, dass Kindern nicht geholfen wird, weil die Kassen klamm sind! Schließlich studiert die Feuerwehr auch nicht erst ihren Haushaltsplan, bevor sie zu Rettungseinsätzen ausrückt.

Eine wichtige Voraussetzung, um die Hilfen zur Erziehung begrenzen zu können, ist ein möglichst breites präventives Angebot, das Probleme schon im Vorfeld auffangen kann. Elterntreffpunkte, Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Spezialprojekte für Jugendliche, die Unterstützung brauchen, können die Notwendigkeit für Hilfen zur Erziehung entweder

ganz vermeiden helfen oder zumindest abmildern. So kann man den steigenden Kosten sinnvoll entgegenwirken. Ein Kahlschlag bei den Einrichtungen bewirkt genau das Gegenteil!

## Die Jugend hat ein Recht auf Förderung

Kinder- und Jugendeinrichtungen fördern den sozialen Zusammenhalt, entwickeln Interessen und Talente, machen Kinder und Jugendliche stark und geben ihnen Halt: Sie zeigen ihnen Wege, Probleme zu lösen, und unterstützen sie dabei. Dies ist besonders in einem sozial belasteten Bezirk eine wichtige und unverzichtbare Arbeit.

Hier von „freiwilligen sozialen Leistungen“ zu reden und den Rotstift anzusetzen zeugt von nicht zu überbietender Ignoranz. Im übrigen ist hier gar nichts „freiwillig“, denn auch die Jugendförderung ist ein gesetzlich festgelegtes Recht, nur dass leider kein\_e Einzelne\_r dieses Recht einklagen kann, wie es bei den Hilfen zur Erziehung ist. Dieses Recht hat „die Jugend“, und da diese nicht klagen und größtenteils auch nicht wählen kann, wird ihr Recht leicht zur Beute sparwütiger Haushalter\_innen.

## Rücknahme der Kündigungen ist nur Scheinlösung

Eine in den Ferien zusammengetrommelte Bezirksverordnetenversammlung hat zwar am 13.7.2011 beschlossen, die Kündigungen der freien Träger zurückzunehmen, aber dies ist lediglich ein Scheinlösung. Gleichzeitig wurde nämlich beschlossen, dass Verträge, die Ende 2011 auslaufen, nicht verlängert und auch keine neuen Verträge für 2012 abgeschlossen werden dürfen. Dies kann laut Beschluss erst die neugewählte Bezirksverordnetenversammlung frühestens Ende Oktober tun. Aus der Debatte wurde klar, dass es dann auch keinen pauschalen Beschluss zur Verlängerung aller Verträge geben soll, sondern dass die neu gewählten Bezirksverordneten jedes einzelne Projekt bewerten und erst danach über die Verlängerung jedes Einzelfalls entscheiden sollen. Bevor es zu einem Beschluss kommen kann, müssen aber erst die Ausschüsse gebildet sein und getagt haben – dann haben wir vermutlich bereits Dezember. So lange werden die Träger im Ungewissen über die Zukunft ihrer Projekte gehalten! Das ist unzumutbar, denn auch die Träger müssen planen, wie viel Personal sie beschäftigen können und welche Räume sie dazu anmieten müssen. Eigentlich müssten sie ihre Mitarbeiter\_innen und Mietverträge rechtzeitig kündigen. Damit ist die gerade zurückgenommene Kündigung eigentlich nur um drei Monate – bis nach der Wahl – verschoben worden.

## Geringschätzung wertvoller Arbeit

Den Freien Trägern und ihren Mitarbeiter\_innen, die eine wertvolle und hochqualifizierte Arbeit für Neukölln leisten, für die sie Dank und Anerkennung verdienen, wird damit eine völlig unverständliche Geringschätzung

ihrer Arbeit signalisiert. Damit setzt sich das Weltbild des Bürgermeisters Buschkowsky deutlich durch, der Sozialarbeit generell für verzichtbaren Luxus hält und bei der Bearbeitung von Problemen im Zusammenleben lieber auf Repression setzt.

## Kündigung von Honorarkräften

Nachdem Buschkowsky sich durch den öffentlichen Druck gezwungen sah, halbherzig zurückzurudern und die Kündigungen erst einmal zurückzunehmen, setzte er trotzdem noch einen drauf, indem er eine massive Kürzung der Mittel für Honorarkräfte in den kommunalen Kinder- und Jugendeinrichtungen beschließen ließ. Damit müssen diese Einrichtungen ihr Angebot deutlich einschränken. Das Jugendamt in Neukölln hat sehr bewusst auf die Arbeit von Honorarkräften gesetzt, da es nur so möglich war, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, die den Herkunftsfamilien unserer Kinder und Jugendlichen entsprechen und/oder ganz spezielle Angebote in den Bereichen Kultur, Medien, Sport, Handwerk, etc. bereit stellen konnten. Wegen des Berliner Einstellungsstopps, der neue Feststellungen fast ausschließt, wären die Kinder- und Jugendeinrichtungen sonst längst nicht mehr arbeitsfähig. Durch die jetzt nötigen Kündigungen von Honorarkräften wird Neukölln hoch motivierte und gut vernetzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlieren, die bisher eine wichtige Arbeit geleistet haben. Auch hier zeigt sich wieder die bornierte Missachtung der Leistung dieser Menschen, die weit über ihr Vertragsverhältnis hinaus für die Kinder und Jugendlichen des Bezirkes da waren.

## Buschkowsky setzt finanzielle Abwärtsspirale in Gang

Besonders tragisch ist, dass die Einsparungen die Jugendförderung nicht nur in diesem Jahr treffen werden. Die Haushaltsmittel werden den Bezirken nach ihren erbrachten Leistungen zur Verfügung gestellt, d. h., für die kommenden Haushalte erhält Neukölln eine Summe, mit der die jetzt erbrachten Angebotsstunden in der Jugendförderung zu Berliner Durchschnittspreisen dann wieder erbracht werden können. Bisher konnte Neukölln die Berliner Durchschnittspreise einhalten. Wenn jetzt aber ein großer Anteil der Stunden wegfällt, der durch Honorarkräfte erbracht worden ist, dann wird ein höherer Anteil der restlichen Stunden durch Festangestellte, die natürlich teurer sind, erbracht. Weiterhin müssen alle Umlagen, z.B. für die Immobilienkosten, auf weniger Stunden verteilt werden und damit wird vermutlich der Durchschnittswert überschritten. Infolgedessen verliert Neukölln für seine zukünftigen Haushalte, die ja durch diese Aktionen angeblich gerettet werden sollten, deutlich mehr, als jetzt eingespart werden kann. In der Jugendförderung wurde so eine finanzielle Abwärtsspirale in Gang gesetzt, die den Bezirk für jeden heute gesparten Euro in der kommenden Wahlperiode mindestens 4, vermutlich aber eher 6-7 Euro kosten wird.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*



### Fast alle BVV-Fraktionen spielten bereitwillig mit

Diese Maßnahmen schaden Neukölln also nicht nur dadurch, dass die Förderung der Kinder und Jugendlichen nachhaltig leidet, sondern auch finanziell durch eine zu erwartende Reduzierung der Mittelzuweisung in den nächsten Haushalten durch den Senat. Ein langjähriger Finanzstadtrat wie Buschkowsky sollte das wissen. Wenn er trotzdem diese Einschnitte in die Jugendarbeit vom Bezirksamt und der Bezirksverordnetenversammlung beschließen lässt, zeigt sich nur, dass ihm in Wahlkampfzeiten sowohl der Haushalt wie auch die Zukunft der Kinder und Jugendlichen unseres Bezirks komplett egal sind. Aber neben der SPD haben auch die Fraktionen von CDU, FDP und Grauen dieses Spiel bereitwillig mitgespielt. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen und die Jugendstadträtin Vonnekold haben in einer mehrstündigen Debatte versucht, die Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung umzustimmen und ihnen die Folgen ihres Tuns zu verdeutlichen. Aber die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Grauen sind Buschkowsky bei seiner Wahlkampfstrategie ohne Rücksicht auf Verluste nur allzu bereitwillig gefolgt – gegen die Stimmen von Grünen und Linken. Die Neuköllner Bürgerinnen und Bürger sollten nun die Konsequenzen aus diesem Verhalten ziehen und das System Buschkowsky abwählen.

Wenn die Jugendarbeit in diesem Bezirk zukünftig noch eine Chance haben soll, muss die Abteilung Jugend weiter durch Bündnis 90/Die Grünen geführt werden!

**Gabriele Vonnekold**  
Jugendstadträtin  
Neukölln



## Zukunftsperspektiven Neuköllner Jugendprojekte?



**Bündnis 90/Die Grünen,  
Bezirksgruppe Neukölln**

**Redaktionsadresse:**  
Neuköllner Stachel,  
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,  
Berthelsdorfer Straße 9,  
12043 Berlin

**V.i.S.d.P.:**  
Susanne Lippert  
Tel: 0160-91 42 90 11

**Mitarbeiter\_innen dieser  
Ausgabe:**  
Mahwareh Christians-Roshanai,  
Michael Cramer, Annette Heppel,  
Anja Kofbinger, Martin Kupfer,  
Susanne Lippert, Henrike Ortman,  
Milena Oschmann, Eva Prausner,  
Hanna Schumacher, Bernd Szcze-  
panski, Gabriele Vonnekold, Bertil  
Wewer

**Layout:** Janek Jonas, Jonas & der  
Wolf

*Die Beiträge geben nicht in jedem  
Fall die Meinung der Redaktion  
bzw. von Bündnis 90/Die Grünen  
Neukölln wieder. Für mit vollem  
Namen gezeichnete Beiträge über-  
nimmt der/die jeweilige Autor\_in die  
Verantwortung.*

**Druck:** Caro-Druck GmbH

**Vorstandssprecher\_innen:**  
Catherine Michel  
Tel: 0173-2046990  
André Schulze  
Tel: 0162-6458710

**Internet:**  
<http://www.gruene-neukoelln.de>  
E-Mail: [stachel@gruene-neukoelln.de](mailto:stachel@gruene-neukoelln.de)

### JUGENDPROJEKT:

## Kiez Kinder Neukölln e.V.



Obst steht auf dem Tisch und eine Schüssel Radieschen. Freundliche, in hellem Maigrün gestrichene Räume, an der Wand eine selbstgestaltete aid-Kinderernährungspyramide und handgeschriebene Verhaltensregeln, die zu Respekt und Gewaltfreiheit auffordern. Um den Tisch sitzt eine Mädchengruppe, die mit Brettspielen beschäftigt ist. Die Tür zum Jugendprojekt „Kiez Kinder Neukölln e.V.“

steht grundsätzlich offen. Die Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 24 ist in Ladenräumen in einer kleinen Straße im Richardkiez untergebracht. Das Angebot reicht von Hausaufgabenhilfe, Nachhilfe und Beratung für Kinder, Jugendliche und Eltern bis zu kostenlosem Mittagessen und Freizeitangeboten wie dem aktuellen Graffitikurs. Herzlichkeit und Tatkraft strahlt die Leiterin

Susanne Lange aus. Ihr kleines Büro ist mit selbstgemalten Bildern der Kinder förmlich tapeziert.

„Letzte Woche waren wir mit 22 Kindern im Sommercamp am Briesensee“, erzählt Susanne begeistert. Eine ganze Woche verbrachten die Kinder ohne Fernseher und Handy auf dem Land. Stattdessen standen Schatzsuche und Erdkrötenfangen (die Tiere wurden selbstverständlich wieder freigelassen) auf der Tagesordnung. „Viele der Kinder haben mit uns zum ersten Mal in ihrem Leben Berlin verlassen, manche kennen nicht viel mehr als ihren eigenen Kiez.“ Die Reise war aber auch für Susanne eine Premiere. Besonders stolz ist sie darauf, dass auch muslimisch erzogene Mädchen mitgefahren sind. Das Vertrauen der Eltern hat sie sich hart erarbeitet.

Finanzielle Unterstützung vom Bezirk bekommt das Projekt nicht. „Als ich zu Beginn, vor gut zweieinhalb Jahren, einen Förderantrag stellen wollte, bekam ich vom Bezirk knallhart die Auskunft, in Deutschland gebe es keine Kinderarmut, Armenspeisungen seien hier uner-

wünscht.“ Susanne Lange lacht bitter. Ihre Realität spricht eine andere Sprache. Für etwa 60 Kinder, überwiegend aus migrantischen Großfamilien und immer mehr Kinder von Alleinerziehenden, bereiten die Mitarbeiter\_innen täglich ein warmes Mittagessen zu, Tendenz steigend. Was auf den Tisch kommt, richtet sich nach den Lebensmittelspenden, die das Projekt von umliegenden Gewerbetreibenden, von der benachbarten Metzgerei bis zum türkischen Supermarkt, erhält.

Ohne die mühsam akquirierten Geld, Sach- und Lebensmittelspenden könnte sich das Projekt unmöglich tragen. Auch die Sommerreise ist spendenfinanziert. Mehr als die 20 Euro Essensbeitrag könnte sich der Großteil der Eltern auch nicht leisten. Die, die es können, werden um Spenden an den Verein gebeten. Die Bereitschaft finanziell besser gestellter Eltern, das Projekt zu unterstützen, ist groß. Dennoch steht das Projekt auf der Kippe. Mitte August laufen die Verträge mit den beiden MAE-Kräften aus. Sollten sie nicht verlängert werden, fehlen eine Köchin und die Bürokraft. Auch mit acht ehrenamtlichen Mitarbeiter\_innen wird es schwierig, das Angebot personell zu stemmen.

Dabei arbeitet auch Susanne

Lange selbst ausschließlich ehrenamtlich für „Kiez Kinder“, der wöchentliche Umfang entspricht fast einer Vollzeitstätigkeit. Warum tut sie sich das an? Sie überlegt. „Die Erfolge sind klein, aber sie sind da. Kinder, die Konflikte gewaltlos lösen, in ganzen Sätzen sprechen oder mir stolz ihr Zeugnis zeigen, in dem keine Fünf mehr steht – dafür lohnt sich das.“ Was wünscht sie sich? Sie überlegt nur kurz. „Größere Räume.“ Die knapp 80 qm inklusive Küche und Büro reichen für den großen Ansturm einfach nicht mehr aus. Aber das ist Zukunftsmusik.

Um wenigstens das derzeitige Angebot aufrechterhalten zu können, ist jede Hilfe willkommen – ob Bastelmaterial, Spiele, Lebensmittel, Geldspenden oder ehrenamtliche Mitarbeit. Für die Kinder, für den Kiez.

**Henrike Ortman**

**Spendenkonto:**  
Kiez Kinder Neukölln e.V.  
Commerzbank Berlin  
Kto.-Nr.: 563 205 400  
BLZ: 100 400 00

**Verwendungszweck:**  
„Spende für Kiez Kinder“  
[www.kiez-kinder.de](http://www.kiez-kinder.de)



## EU-WEISSBUCH:

# Mit angezogener Handbremse gegen den Klimawandel

„Die Einsicht in die Notwendigkeit einer nachhaltigeren Mobilität hat sich auf EU-Ebene endlich durchgesetzt - nun müssen daraus umgehend konkrete Maßnahmen abgeleitet werden.“



Eine Strategie für die Zukunft des Verkehrssektors in der EU zu entwerfen - nicht weniger hat sich das neue, am 28. März von der Europäischen Kommission vorgestellte ‚Weißbuch für einen wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Verkehrssektor‘ zum Ziel gesetzt. Auch wenn die Kommission in ihrem Strategiepapier nur für ein Umsteuern mit angezogener Handbremse eintritt, so steht doch

fest, dass sie mit ihren Plänen die deutsche Bundesregierung und deren kurzfristige Konzepte überholt.

Die große Stärke ist das langfristige Denken über die nächsten Jahrzehnte hinaus. So wird im Weißbuch - anders als in der Koalitionsvereinbarung der schwarz-gelben Bundesregierung - ein konkretes langfristiges CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel für den Verkehrssektor vorgeschlagen. Bis 2050 soll eine Minderung von 60% erreicht werden, als Zwischenziel wird bis 2030 eine Reduzierung von 20% im Vergleich zu 2008 angestrebt.

Doch hier ist zugleich auch die größte Schwäche zu sehen: Denn die Kommission hat leider Angst vor der eigenen Courage und leitet nicht die zwingend notwendigen Maßnahmen ab. So wird dem Verkehr als Klassenletztem beim Klimaschutz - er verursacht mittlerweile 30% aller CO<sub>2</sub>-Emissionen, die zudem seit 1990 um 35% gestiegen sind - weiterhin eine Vorzugsbehandlung zugestanden. Und eine Vermeidung von überflüssiger Mobilität ist in den Augen der Kommission gar grundsätzlich ‚keine Option‘.

Vielmehr sollen künftige Generationen und das Klima die Zeche des Verkehrsrausches zahlen. So begnügt sich die Kommission bis 2030 mit Trippelschritten von jährlich 1%, um bis dahin lediglich 20% der Treibhausgasemissionen gegenüber 2008 einzusparen. Dies läge noch immer 8% über dem Niveau von 1990. Erst ab 2030 sollen plötzlich wundersame Riesenschritte folgen, um bis 2050 eine Minderung um mindestens 60% gegenüber 1990 zu erreichen. Auf diese Weise wird der Verkehrssektor für seine Versäumnisse der letzten Jahrzehnte auch noch mit weiterer Vorzugsbehandlung belohnt!

Für das laufende Jahrzehnt begnügt sich die Kommission mit einem Sammelsurium technologiegläubiger oder ohnehin bereits angestoßener Einzelmaßnahmen. Faire Besteuerung und das Ende der Subventionierung von Klimakillern wie dem Luftverkehr will die Kommission lediglich ‚prüfen‘. Dabei erhalten die Airlines vom EU-Steuerzahler jährlich 30 Milliarden Euro allein durch die Befreiung von Kerosin- und Mehrwertsteuer geschenkt. Beim drin-

genden Problem des Bahnärms will die Kommission sich ebenfalls Zeit lassen: Gemeinsame Anstrengungen sollen erst bis Ende des Jahrzehnts erfolgen. Weiteres Manko: Des Themas Tempolimit nimmt sich die Kommission nur zurückhaltend an und beschränkt sich zunächst auf Kleintreiber. Da Deutschland jedoch als einziger EU-Mitgliedstaat kein Tempolimit auf Autobahnen vorgibt, ist hier schon jetzt großer Nachholbedarf. Denn durch ein solches Tempolimit ließen sich laut Umweltbundesamt sofort 3% und à la longue sogar 30% der CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen.

Positiv zu nennen ist das Ziel, konventionelle Autos bis 2050 ganz aus den Städten zu verbannen. Zudem sollen 30% des Straßengüterverkehrs bei Distanzen über 300 km auf die Schiene und die Wasserstraße verlagert und EU-Förderung endlich offiziell auf ‚grüne Infrastruktur‘, statt auf teure und langwierige Megaprojekte konzentriert werden.

Leider findet sich zudem keine Strategie zur Internalisierung der externen Kosten. Dabei sind die Missstände eklatant: Während auf der Schiene bereits eine EU-weit verpflichtend vorgeschriebene und in der Höhe unbegrenzte Maut für jede Lokomotive auf jedem Streckenkilometer erhoben werden muss, will

die Kommission eine Ausweitung der bislang freiwilligen und in der Höhe begrenzten LKW-Maut, die meist nur auf Autobahnen und für LKW ab 12 t gilt, lediglich prüfen.

Trotz großer Schwächen bei der Ableitung konkreter Maßnahmen dokumentiert das Weißbuch endlich die Notwendigkeit einer nachhaltigeren Mobilität. Nun muss die deutsche Bundesregierung, die sich in der EU gerne als Musterschüler darstellt, nachziehen - ansonsten droht das „Sitzenbleiben.“

**Michael Cramer**  
verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament

Michael Cramer ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Sprecher der Grünen im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr. Geboren 1949 in Gevelsberg/ Westfalen ist er 2004 in das Europaparlament gewählt worden und bereits seit 1986 Mitglied der Bezirksgruppe der Grünen in Neukölln.

## STADTEILE STELLEN SICH VOR:

# Buckow – Die Dorfkirche am Buckower Dorfteich

„Wo wohnst du, in Buckow, wo ist das denn?“ Das werde nicht nur ich regelmäßig gefragt, sondern auch viele, die seit Jahrzehnten hier leben. Buckow liegt am südlichen Stadtrand Berlins und grenzt an Britz, die Gropiusstadt, Lichtenrade, teils auch an Mariendorf und, an der Grenze zum Land Brandenburg, die Gemeinde Groß Ziethen.

### Infrastruktur

Buckow ist mit der Linie U7 gut zu erreichen. Vom U-Bahnhof Johannisthal Chaussee fahren verschiedene Busse, die Sie an ihr gewünschtes Ziel bringen. Zahlreiche kleine Geschäfte sind am Ortskern Alt-Buckow zu finden. Wer jedoch seinen Kaufrausch befriedigen möchte, tut dies in der Regel in den Gropiuspassagen.

### Historisches

Historiker gehen davon aus, dass sich Mitte des 13. Jahrhunderts deutsche Siedler auf einer wendischen Siedlung niederließen.

Urkundlich erwähnt wird Buckow erstmals 1373, „Buck“ stammt aus dem Slawischen und heißt Buche. Im Jahr 1920 wurde Buckow (Buchenaue) als Teil Neuköllns in Berlin eingemeindet.

Neben dem märkischen Vierseithof (heutige Adresse: Alt-Buckow 12/14), dem historischen Schulgebäude von 1780 (Alt Buckow 21 A), der Jungfernmühle am heutigen Standort Goldammerstraße 34 und

alten Bauernhöfen ist die Dorfkirche das wohl bedeutendste Baudenkmal in Buckow. Sie wurde vermutlich zwischen 1220 und 1300 erbaut.

Die Dorfkirche ist die zweitälteste Kirche Berlins mit der ältesten Glocke. Von vier Glocken sind zwei aus der Errichtungszeit der Dorfkirche erhalten geblieben. Auf der größeren Glocke ist das Datum 6. Mai



1322 eingraviert. Zwei weitere Glocken wurden im Krieg zerstört und mussten ersetzt werden.

### Baukunst

Der Bau der Kirche bot für die damaligen Siedler\_innen eine Herausforderung, denn geeigneten Untergrund lieferte der märkische Untergrund nicht, und man wurde erfinderisch, da von der Eiszeit hinterlassene Feldsteine und Granitfindlinge den Ackerbau störten und diese letztlich dem Bau der Kirche dienten.

Die mittelalterliche Felssteinkirche zieht auf Grund der vielfältigen

Angebote Jung und Alt gleichermaßen an.

Unterschiedliche Phasen durchlief die Umgestaltung. In der Grundform ist der Saalbau der Kirche rechteckig und in gleicher Form schließt auch der Turm an.

Anfänglich war das Kirchenschiff mit einer romanischen Holzbalkendecke ausgestattet gewesen.



Auf alten Fotos sind außerdem noch alte Fensterbögen mit frühgotischen Bögen und das Westportal der Kirche deutlich erkennbar. Im 15. Jahrhundert wurden Umgestaltungen vorgenommen: so entstanden das Südportal (spätgotisch) und die Fenster-Dreiergruppe (Ostgiebel) während dieser Zeit. Die Kirchhofmauer aus Feldsteinen, die das Kirchhofgelände umgibt, wurde von der Gemeinde auf Anweisung Königs Friedrich Wilhelm I. – der Volksmund nannte ihn Soldatenkönig – im Jahr 1719 errichtet.

Im Zweiten Weltkrieg wurde das Dach der Kirche zerstört. In

der Nachkriegszeit begann man mit der Rekonstruktion und es wurden Zeugnisse mittelalterlicher Baukunst wiederhergestellt. Im Jahr 1964 rekonstruierte man die Verbindung zwischen Turmraum und Schiff.

Die Dorfkirche ist ein Treffpunkt in vielerlei Hinsicht. Es wird gefeiert und getrauert. Ältere Menschen haben hier einen festen Treffpunkt.



Beim Trödeln, Bücherbasar oder Kaffee und Kuchen teilt man sich mit. Niemand muss alleine bleiben!

### Der Dorfteich - Historisches

Neben der Kirche findet man den Buckower Dorfteich. Früher wurden hier sowohl die Wäsche als auch die bäuerlichen Pferdewagen gewaschen. Wer hier Ortsvorsteher war, genoss auch das Fischereirecht. 1904 war das Gustav Ruden, Landwirt, wohnhaft im Gebäude mit der heutigen Adresse Alt-Buckow 26. Er sorgte dafür, dass Weiden gepflanzt und an der Nordseite eine Promenade

angelegt wurden. Ab 1920, im Zeitraum der Eingemeindung Buckows, fand keine Pflege des Dorfteichs mehr statt. Große Schäden hinterließen die Bombenangriffe des zweiten Weltkrieges. Erst 1954 erfolgte eine Sanierung.

### Der Dorfteich heute

Zur heutigen Situation: der Buckower Dorfteich ist ein beliebter Treffpunkt. Dort sitzt man gut auf restaurierten Bänken, die leider mitunter auch beschmiert und dann aber in ehrenamtlicher Arbeit von Mitgliedern des im Jahr 2008 gegründeten Vereins „Buckower Dorfteich e.V.“ gesäubert werden. Einmal monatlich treffen sich die Mitglieder des Vereins, um Grünflächen zu pflegen. Auch die Arbeitsgemeinschaft „Das Symphatische Buckow e.V.“ bereichert den Dorfteich mit jährlichen Aktionen wie dem Dorfangerfest im Sommer oder dem Weihnachtsmarkt in der Vorweihnachtszeit.

Buckow hat schon viele positiv überrascht, die sich dort zu Fuß oder mit dem Fahrrad auf Erkundungstour begeben.

**Mahwareh Christians-Roshanai**  
Kandidatin für die Bezirksverordnetenversammlung



10 JAHRE EINGETRAGENE LEBENSPARTNERSCHAFT:

# Viel erreicht – noch viel zu tun



An den 1. August 2001 denke ich gerne zurück. Damals haben wir einen besonderen Coup gelandet. Nachdem wir Grünen zusammen mit der SPD ein knappes Jahr vorher mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) die eingetragene Lebenspartnerschaft für Lesben und Schwule gesetzlich verankert hatten, stand nun die erste Verpartnerung an. Nach unserer Meinung sollten es zwei Grüne sein, die sich da bundesweit das erste Mal trauten. Und so war es dann auch. Am Standesamt Schöneberg standen morgens um 9 Uhr Angelika Baldow und Gudrun Pannier - zwei grüne Aktivistinnen der ersten Stunde - und sagten „Ja“ zueinander.

Ein runder Jahrestag ist immer eine gute Gelegenheit, auf das Erreichte zurückzublicken. Soviel steht fest: Vielen Menschen wurde durch das Gesetz aus ernst rechtlichen Schwierigkeiten geholfen. Als wir angetreten sind, waren gleichgeschlechtliche Paare rechtlos. Sie hatten z. B. kein gesetzliches Erbrecht; im Todesfall konnte der/die überlebende Partner\_in aus der Wohnung fliegen. Das gibt es heute nicht mehr. Rechtliche Absicherung bei Krankheit, im Alter und im Todesfall ist gewährleistet.

Besonders schlimm war es früher für binationale Paare. Kam der Partner oder die Partnerin aus einem Land außerhalb der EU, war ein Zusammenleben oft unmöglich. Diese Liebe wurde quasi von Staats wegen verboten! Für uns war das eine schwere Menschenrechtsverletzung, die glücklicherweise ein für allemal der Vergangenheit angehört. Was das Gesetz aber nach wie vor nicht gebracht hat, ist die volle rechtliche Gleichstellung mit der Ehe.

Das ist unsere zentrale Forderung und das Ziel ist noch lange nicht erreicht. Wir sind es leid, gegen konservative Windmühlen anzukämpfen. Alles, was CDU und CSU zu den berechtigten Forderungen von Lesben und Schwulen in diesem Land einfällt, ist ein lautes, fast hysterisches „Nein“. Und dass diese Forderungen berechtigt sind, hat der Europäische Gerichtshof bereits in mehreren Urteilen festgestellt.

Da hilft es auch wenig, dass der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts bereits 2002 eine Klage CDU-geführter Länder gegen das LPartG abgewiesen hat und erklärt hat, dass der besondere Schutz der Ehe nach Art. 6 Abs. 1 GG den Gesetzgeber nicht daran hindert, für gleichgeschlechtliche Paare Rechte

und Pflichten vorzusehen, die denen der Ehe gleich kommen. Zu unserer großen Freude urteilte der 1. Senat des BVerfG bereits 2009 einstimmig,

als in anderen Bezirken. Hier wohnen nicht nur viele Menschen aus anderen Ländern, hier gibt es auch sehr viele Alleinerziehende und sogenannte Re-

## Auszug aus dem Lebenspartnerschaftsgesetz

### §1 Form und Voraussetzungen

(1) Zwei Personen gleichen Geschlechts, die gegenüber dem Standesbeamten persönlich und bei gleichzeitiger Anwesenheit erklären, miteinander eine Partnerschaft auf Lebenszeit führen zu wollen (Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner), begründen eine Lebenspartnerschaft. Die Erklärungen können nicht unter einer Bedingung oder Zeitbestimmung abgegeben werden.

(2) Der Standesbeamte soll die Lebenspartner einzeln befragen, ob sie eine Lebenspartnerschaft begründen wollen. Wenn die Lebenspartner diese Frage bejahen, soll der Standesbeamte erklären, dass die Lebenspartnerschaft nunmehr begründet ist. Die Begründung der Lebenspartnerschaft kann in Gegenwart von bis zu zwei Zeugen erfolgen.

(3) Eine Lebenspartnerschaft kann nicht wirksam begründet werden

1. mit einer Person, die minderjährig oder verheiratet ist oder bereits mit einer anderen Person eine Lebenspartnerschaft führt;
2. zwischen Personen, die in gerader Linie miteinander verwandt sind;
3. zwischen vollbürtigen und halbbürtigen Geschwistern;
4. wenn die Lebenspartner bei der Begründung der Lebenspartnerschaft darüber einig sind, keine Verpflichtungen gemäß § 2 begründen zu wollen.

(4) Aus dem Versprechen, eine Lebenspartnerschaft zu begründen, kann nicht auf Begründung der Lebenspartnerschaft geklagt werden. § 1297 Abs. 2 und die §§ 1298 bis 1302 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gelten entsprechend.

### §2 Partnerschaftliche Lebensgemeinschaft

Die Lebenspartner sind einander zu Fürsorge und Unterstützung sowie zur gemeinsamen Lebensgestaltung verpflichtet. Sie tragen füreinander Verantwortung.

dass der Gesetzgeber Lebenspartnerschaften und Ehen nicht nur gleichstellen darf, sondern muss!

Ein Abstandsgebot zur Ehe gibt es nur noch in der Fantasie einiger Ewiggestriger und verbogener Konservativer. Sie wollen und können nicht von ihrem einzig wahren und ausschließlichen Vater-Mutter-Kind-Familienbild lassen, obwohl das z. B. in Neukölln nur noch eine knappe Mehrheit aller Einwohner\_innen betrifft. Gerade hier geht es oft ein wenig bunter zu

genbogenfamilien, die diesem Familienbild nicht entsprechen.

Das Fazit heißt also: Viel erreicht – noch viel zu tun. Deshalb wollen wir Grünen auch von Neukölln aus der Öffnung der Ehe den Weg bahnen. Denn wir sind der Meinung: Für lesbische Bürgerinnen und schwule Bürger darf real wie symbolisch kein minderes Recht gelten! Nach 10 Jahren Lebenspartnerschaft ist die Zeit reif für die Ehe und wir wollen nicht noch einmal 10 Jahre warten!



Anja Kofbinger mit Parteifreund\_innen beim Hissen der Regenbogenflagge



## Anja Kofbinger

geboren 1960, setzt sich seit über 20 Jahren für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen ein. Seit Mai 2007 lebt sie selbst in eingetragener Lebenspartnerschaft mit der Reiseverkehrskauffrau Anja Kofbinger (geb. Lippold).

Die gelernte Vermessungstechnikerin kam 1987 aus der nordrhein-westfälischen Provinz nach Berlin, wo sie sich seit 1990 verstärkt politisch engagiert. Zunächst bei der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL), später bei den Grünen. Als Sprecherin der grünen Bundesarbeitsgemeinschaft Lesbenpolitik (1997-2005) wirkte sie intensiv an der Umsetzung an der Verabschiedung des Lebenspartner-

schaftsgesetzes mit, das im August 2001 in Kraft trat – und dessen 10. Geburtstag wir in diesem Sommer gefeiert haben.

Parallel engagierte sie sich in diesen Jahren als frauenpolitische Sprecherin im Landesvorstand der Berliner Grünen und als Geschäftsführerin der Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg. Schließlich zog ihr Herz sie zu den Neuköllner Grünen, die sie 2009 zur Direktkandidatin für die Bundestagswahl kürten.

Seit 2006 ist sie Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, wo sie als Fachpolitikerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen insbesondere die Rechte von Frauen, Lesben, Schwulen und Trans\*vertritt.

Als Mitglied des Petitionsausschusses setzt sie sich außerdem für die Interessen von Arbeitslosengeld-II-Empfänger\_innen gegenüber den Jobcentern ein.

Seit 12 Jahren lebt Anja Kofbinger im Reuterkiez, wo sie bei den Abgeordnetenhauswahlen im Herbst wieder für den Wahlkreis 1 (Nord-Neukölln) kandidiert. Wichtig sind ihr die Neuköllner Kinder und Jugendlichen, sozialverträgliche Mieten und mehr Respekt für Andersglaubende, Andersliebende und Andersdenkende.

In ihrer wenigen Freizeit begeistert sie sich für Fußball, gutes Essen und gutes Bier.



# Die Direktkandidat\_innen für Neukölln

## Susanna Kahlefeld



**Das möchte ich erreichen:** Rechtliche und gesellschaftliche Integrationsblockaden abbauen, eine gleichberechtigte Teilhabe der Neu- und der Altberliner\_innen in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen: in Bildung, Arbeit, politischer Mitbestimmung. Ich kenne die Probleme vor Ort und die vielen Hindernisse, die Migrant\_innen aus unterschiedlichen Ländern im Weg stehen. Ich weiß, dass in Deutschland und vor allem in Berlin der Aufstieg durch Bildung und Arbeit schwerer ist als anderswo. Berlin braucht ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatler, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, ein Anerkennungszentrum für ausländische Abschlüsse und eine humanitäre Asyl- und Flüchtlingspolitik.

**Ich bin:** Susanna Kahlefeld, geboren 1964, Promotion in Philosophie an der FU Berlin, BVV Neukölln 2000-2008, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Flucht seit 2008

**So bin ich zu erreichen:** per Email: [susanna.kahlefeld@gruene-neukoelln.de](mailto:susanna.kahlefeld@gruene-neukoelln.de) oder mobil: 01525-7658419

**Mein Wahlkreis ist:** Neukölln 2 (nördlich vom S-Bahn-Ring, zwischen Karl Marx-Straße und Tempelhofer Feld)

## Bertil Wewer



**Das möchte ich erreichen:** Neuköllns Reichtum sind die vielen engagierten Menschen. Das erfahre ich immer wieder bei Gesprächen mit unterschiedlichen Akteur\_innen. Ich will den Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Sportvereinen sowie den sozialen Einrichtungen eine Stimme geben. Aber ich will auch für die Wirtschaft ansprechbar sein. Das ist wichtig in einem Wahlkreis, der viele gewerbliche und industrielle Flächen hat und in dem die größten Arbeitgeber\_innen des Bezirks zuhause sind. Ich meine dabei nicht nur die vielen ökologisch ausgerichteten Betriebe, sondern auch und gerade mit der migran-tischen und kreativen Wirtschaft müssen neue Strategien für Ausbildung und gegen Arbeitslosigkeit entwickelt werden.

**Ich bin:** Bertil Wewer, 51 Jahre alt, von Beruf Diplom-Betriebswirt (FH) und arbeite als Assistent der Geschäftsleitung in einem großen Lebensmittelwerk in der Sonnenallee.

**So bin ich zu erreichen:** [www.bertil-wewer.de](http://www.bertil-wewer.de)  
[bertil.wewer@gruene-neukoelln.de](mailto:bertil.wewer@gruene-neukoelln.de)  
oder telefonisch unter 030- 60988290

**Mein Wahlkreis ist:** Neukölln 3 – Vom S-Bahnring im Norden von Britz bis zur Linie Koppelweg / Parchimer Allee im Süden.

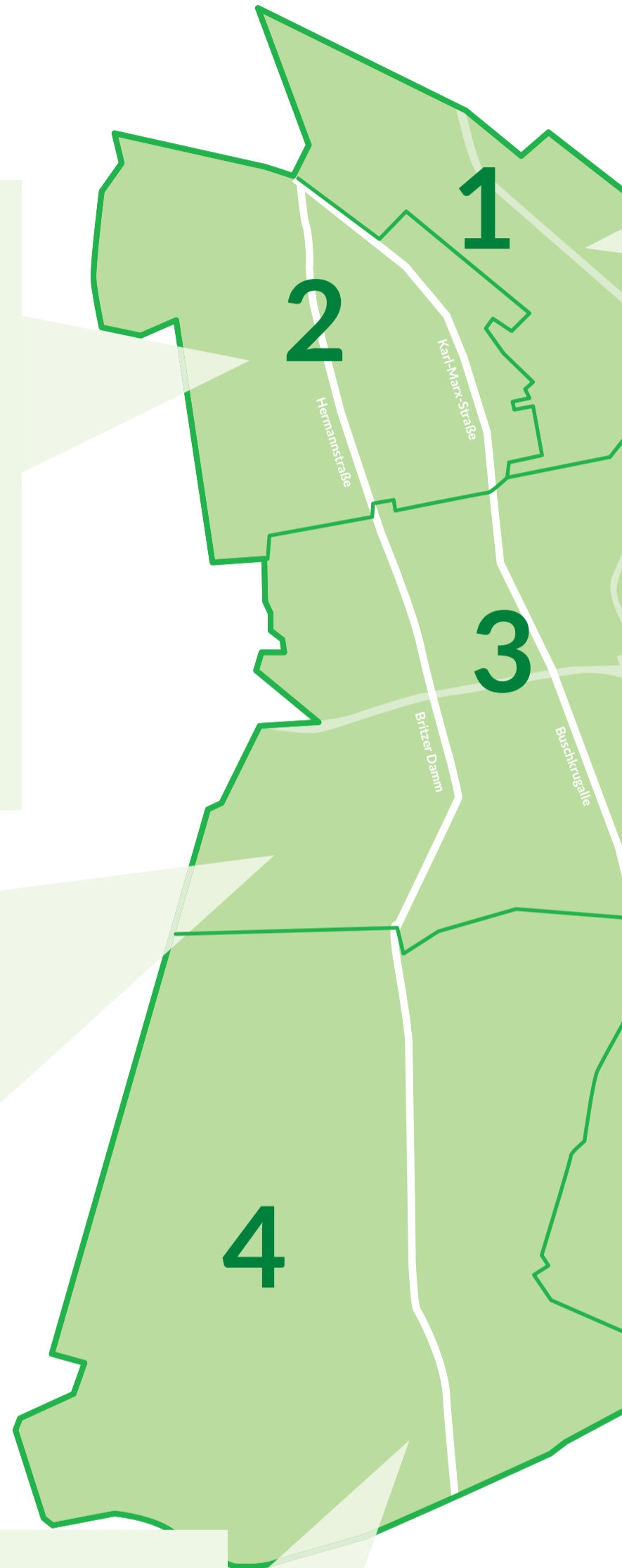
## Martin Grafe



**Das möchte ich erreichen:** Die durch die rot-rote Regierung initiierten Bildungsreformen müssen richtig umgesetzt werden. Es bringt nichts, den Lehrer\_innen, Schüler\_innen und Eltern neue Konzepte vorzusetzen und sie dann bei der Umsetzung allein zu lassen. Denn Reformen können nur mit den Betroffenen gemeinsam durchgeführt werden. Um die Reformen umzusetzen, müssen die Schulen mit mehr Personal ausgestattet werden. Nicht nur mit zusätzlichen Lehrer\_innen, sondern auch mit weiterem pädagogischem Personal. Denn Grüne setzen auf Bildung. Neukölln setzt auf Grün

**So bin ich zu erreichen:** Ich freue mich über E-Mails unter: [martin.grafe@gruene-neukoelln.de](mailto:martin.grafe@gruene-neukoelln.de)  
Gerne komme ich auch zu Veranstaltungen und freue mich auf persönliche Gespräche

**Mein Wahlkreis ist:** Neukölln 4, Hierzu gehören Britz-Süd und Buckow, Buckower Damm, Grüner Weg, Stuthirtenweg, Ringslebenstraße



## Anja Kofbinger



**Ich bin:** Anja Kofbinger, 51 Jahre alt, von Beruf Vermessungstechnikerin und seit 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Mein Wahlkreis ist:** Neukölln 1 – Maybachufer, „Dreiländereck“, Richardkiez, Sonnenallee bis zur Ringbahn

**Das möchte ich erreichen:** Neukölln ist lebenswert – das soll auch so bleiben, und zwar für alle! Wir müssen also dafür sorgen, dass die positive Entwicklung in einigen Teilen des Bezirks nicht dazu führt, dass noch mehr alteingesessene Neuköllner\_innen ihren Kiez verlassen müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Wir müssen uns noch mehr um die Kinder und Jugendlichen kümmern. Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Aufstieg und einem selbstbestimmten Leben. Hier setzen wir an: Unsere Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen wollen wir erhalten und ausbauen. Und ich will das friedliche Zusammenleben der Menschen in Neukölln aktiv fördern für ein Klima gegenseitiger Respekt und Akzeptanz. Hier sollen sich alle zuhause fühlen – egal, wo sie geboren wurden, welche Sprache(n) sie sprechen, woran sie glauben oder wen sie lieben.

**So bin ich zu erreichen:**

Am liebsten persönlich: Kommen Sie in meine Sprechstunde (Mi 17-18 Uhr, Grüne Geschäftsstelle, Berthelsdorfer Str. 9) oder laden Sie mich ein! Ansonsten per Anruf unter 0157-78703309 oder E-Mail unter [anja.kofbinger@gruene-neukoelln.de](mailto:anja.kofbinger@gruene-neukoelln.de)

## Ursula Künning



**Ich bin:** Ursula Künning, Diplomsozialpädagogin, geb. 1952 und ich habe einen erwachsenen Sohn

**Mein Wahlkreis:** Ich bin aktiv bei den Neuköllner Grünen und Direktkandidatin für die Gropiusstadt und das Vogel- und Blumenviertel, also für den Neuköllner Wahlkreis 5

**Das möchte ich erreichen:** Mein besonderes Augenmerk richtet sich auf die ganz jungen und die älteren und alten Menschen. Kein soziales Projekt darf geschlossen werden. Die Gesundheit und die Lebensfreude sowie die Bildung in Kindertagesstätten und Schulen hat Vorrang vor teuren Großprojekten wie z. B. dem Ausbau von Autobahnen. Ich möchte daran mitwirken, dass die unhaltbaren Zustände in den Neuköllner Bezirksämtern ein Ende haben. Die Ämter sind für die Bürger und Bürgerinnen da, Wartezeiten von mehreren Stunden sind nicht hinnehmbar. Ich möchte die Menschen im Wahlkreis 5, ob jung oder alt, gleich welcher Herkunft und Hautfarbe, persönlich kennenlernen, um mit ihnen über ihre Erwartungen an die Grüne Politik zu sprechen. Deshalb freue ich mich auf Einladungen in Ihr Projekt, Ihre Institution, in Treffpunkte, Schulen, Kirchengemeinden oder Moscheen.

**So bin ich zu erreichen:**

[ursula.kuenning@gruene-neukoelln.de](mailto:ursula.kuenning@gruene-neukoelln.de)

## André Schulze



**Ich bin:** André Schulze, 23 Jahre alt, Student der Mathematik, Vorstandssprecher der Neuköllner Grünen und seit 1993 Rudower

**Mein Wahlkreis ist:** Neukölln 6, Rudow, von der Stubenrauchstraße bis zur Stadtgrenze, Fritz-Erler-Allee, Wutzkyallee

**Das möchte ich erreichen:** Seien es größere Bauvorhaben, Flugrouten oder die Gestaltung einer (neuen) Parkanlage: Mir ist wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nur besser über Vorhaben informiert, sondern von Anfang an auch in Entscheidungsprozessen eingebunden werden und deren Beteiligung von Politik und Verwaltung nicht länger als lästige Pflicht, sondern als willkommener Beitrag zur Planung verstanden wird. Sollten Sie mich direkt ins Berliner Abgeordnetenhaus wählen, werde ich mich für ein Nachtflugverbot am neuen Flughafen BBI von 22-6 Uhr, gegen Rassismus und Diskriminierung und für bezahlbare Mieten in Rudow und der ganzen Stadt stark machen. Neukölln für alle!

**So bin ich zu erreichen:**

Bei Fragen, Anregungen oder Kommentaren freue ich mich über E-Mails unter [andre.schulze@gruene-neukoelln.de](mailto:andre.schulze@gruene-neukoelln.de) Gerne komme ich auch persönlich bei Ihrer Veranstaltung oder Gesprächsrunde vorbei.



DA MÜSSEN WIR RAN!

## Zum Niveau der politischen Kultur in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung



Quelle: Hamburgerjung, flickr.com

Es ist nicht ganz die übliche und vielleicht auch eine etwas unlogische Reihenfolge, sich zuerst für einen BVV-Listenplatz zu bewerben und erst danach zum ersten Mal eine BVV-Sitzung zu besuchen. Aber so hat es

sich nun mal ergeben und so saß ich am 22. Juni im Rathaus Neukölln auf der Tribüne im BVV-Saal, um mir einen genaueren Eindruck von dem Gremium zu machen, für das ich kandidiere. Es wurde keine angenehme Er-

fahrung. Während meiner Jahre in der Hochschulpolitik hier in Berlin habe ich schon viele sehr unschöne Situationen erlebt – aber das erschreckend niedrige Niveau der politischen Kultur, das ein Teil der Neuköllner BVV-Mitglieder an den Tag legte, machte mich dann doch sprachlos.

Die Sitzung begann anlässlich des 70. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion mit einer Gedenkminute für die Opfer von Faschismus und Nationalsozialismus. Dass sich von allen Anwesenden im Saal und auf den Tribünen nur die beiden unbeherrschbaren NPD-Verordneten nicht erhoben und damit den Millionen Opfern den gebührenden Respekt verweigerten, war ja bedauerlicherweise nicht anders zu erwarten – manche verfügen leider weder über Gesichtsbewusstsein noch über Benehmen. Allerdings wurde es im weiteren Verlauf der Sitzung nicht wirklich viel besser.

Im Anschluss stand die Verabschiedung der Bezirksverordneten, die zur nächsten Wahl nicht mehr antreten werden, auf der Tagesordnung. Stellvertretend für all diese sollte der

CDU-Verordnete Debudai eine Abschiedsrede halten – und nutzte sie nur für seine persönliche Abrechnung mit Teilen seiner Fraktion und Partei, denen er öffentlich Mobbing gegen unliebsame Parteimitglieder vorwarf. Es war nicht nur der falsche Ort und Zeitpunkt für diesen Rundumschlag gegen die eigenen Leute – es entsprach auch nicht seinem Auftrag, für alle ausscheidenden Verordneten zu sprechen, denen er damit eine angemessene Verabschiedung aus der BVV verweigerte.

Noch unangenehmer wurde es bei der Beantwortung von Anfragen durch den Bezirksbürgermeister. Seine Antworten waren durchweg geprägt von beherrschender Überheblichkeit, was nach einer Weile auf der Zuschauertribüne hinter mir den hörbar empörten Zwischenruf „Das ist ja Arroganz pur!“ hervorrief. Mit diesem respektlosen Verhalten – vor allem gegenüber Angehörigen der Fraktionen der Grünen und der Linken – war er jedoch nicht allein: Manche Bezirksverordneten zeigten auch offensichtliche Ignoranz und Desinteresse, wenn andere sprachen: sie lasen

stattdessen Zeitung oder unterhielten sich vernehmlich mit ihren Sitznachbarn.

Im Verlauf der Sitzung wurde der Umgangston dann etwas sachlicher und damit erträglicher. Inwieweit dies auf die damit zusammenfallende Abwesenheit einzelner BVV- oder Bezirksamts-Mitglieder zurückzuführen ist, bleibt dahingestellt. Allerdings kehrte der beherrschende, überhebliche Tonfall wieder zusammen mit dem Bürgermeister in die Sitzung zurück, der erneut ernsthafte Themen immer wieder durch Wortwahl und Tonfall ins Lächerliche zog.

Mein Großvater, der übrigens 13 Jahre lang der Bürgermeister unserer kleinen, eher konservativ geprägten Gemeinde war, nannte ein solches Verhalten schlicht und einfach „unständig“. Das mag für manche Ohren altmodisch oder auch harmlos klingen, aber es war das vernichtendste Urteil, das er über den Charakter eines Menschen fällen konnte. Und ich kann mich dem nur anschließen. Respektvoller Umgang miteinander funktioniert anders!

Annette Heppel

INTERVIEW MIT BERND SZCZEPANSKI

## Unser Fraktionsvorsitzender im Gespräch



Bernd Szczepanski ist seit 2006 Bezirksverordneter in der Neuköllner BVV. Anfang 2010 übernahm er das Amt des Fraktionsvorsitzenden.

Seine politischen Interessenschwerpunkte sind: Verkehr (A 100, Radverkehr, sharedspace, Verkehrsberuhigung) und Soziales (speziell Hartz IV, Bildungs- und Teilhabe-Paket). Bernd Szczepanski ist zur Zeit Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Tiefbau, im Sozialausschuss und im Ausschuss für Bildung, Schule und Kultur sowie im Ältestenrat.

Was würdest Du als den größten Erfolg Deiner kommunalpolitischen Arbeit ansehen?

Die Umgestaltung der Karl-Marx-Straße zur Fußgängerzone war zwar in der Zählgemeinschaftsvereinbarung mit SPD und Linken vereinbart; bereits zu Beginn der Wahlperiode 2006-2011 war jedoch erkennbar, dass diese Planung ein Irrweg ist. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Stadtentwicklung haben wir Alternativpläne entwickelt, z.B. die Schließung der Ganghoferstraße und die Erweiterung des Platzes der Stadt Hof wie auch die Einrichtung von

Fahrradstreifen auf ganzer Länge der Straße. In der heutigen Planung finden sich diese Elemente vollständig wieder

Und was als Deine größte Enttäuschung?

Es ist nicht gelungen, die SPD dazu zu bewegen, sich den Vorstellungen von Neuköllner Bürgerinnen und Bürgern wirklich zu öffnen, ihre Vorschläge und Wünsche bei Stadtplanung und Vergabe der bezirklichen Finanzen stärker zu berücksichtigen.

Das Gleiche gilt auch für die Neuköllner\_innen mit Zuwanderungsgeschichte. Ihre Leistungen für die Gesellschaft, ihre Interessen und Bedürfnisse werden insbesondere von Bürgermeister Buschkowsky ignoriert. Gern hätte ich den Migrationsbeirat dabei unterstützt, stärkeren Einfluss auf die Bezirkspolitik ausüben zu können. Dies ist vor allem daran gescheitert, dass dessen Mitglieder fürchten müssen, vom Bezirksamt finanziell benachteiligt zu werden,

wenn sie sich Buschkowskys Willen widersetzen.

Ich hoffe, dass der neue Integrationsausschuss der BVV, gegen den sich Buschkowsky heftig gewehrt hat, über eine größere Unabhängigkeit verfügt.

Welche Eigenschaften und Voraussetzungen sollte man/frau für die Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung mitbringen?

Bezirksverordnete sollten politisch gut und vielseitig informiert sein. Die kommunalpolitische Arbeit erfordert ein breites Interessenspektrum, da man direkt mit den Menschen im Bezirk zu tun hat, von vielen Bürgerinnen und Bürgern angesprochen wird. Es ist wichtig, im Bezirk gut vernetzt zu sein, in Vereinen, Organisationen oder Initiativen mitzuarbeiten. Dies gilt insbesondere für die neuen BVV-Mitglieder nach der Wahl am 18. September.

Es ist sehr hilfreich, in Ausschüssen mitzuarbeiten, mit deren Themen man/frau sich auch außerhalb der BVV ehrenamtlich oder beruflich beschäftigt.

Was würdest Du aus Deiner Erfahrung einem BVV-Neuling für die kommunalpolitische Arbeit auf den Weg geben?

Ich würde ihm oder ihr raten: Höre den Menschen im Bezirk genau zu, lass Dich nicht von vermeintlichen „Bezirksautoritäten“ verunsichern, habe keine Scheu, auch „unbequeme“ Themen anzusprechen und stelle Dich auf eine ganze Menge Arbeit ein.

Das Interview wurde geführt von  
Susanne Lippert

## Mitreden beim Bezirkshaushalt!

Bringen Sie sich ein! Zum Haushalt des Bezirks Neukölln gibt es eine Bürger\_innenbeteiligung, das heißt, alle Bürgerinnen und Bürger Neuköllns können Vorschläge für Veränderungen bei den Ausgaben und Einnahmen des Bezirks machen.

Mit diesen Vorschlägen beschäftigen sich dann die Ausschüsse der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung, die den Haushalt im Herbst beschließen soll. Vorschläge können mindestens bis Ende September eingereicht werden. Durch Ihre Beteiligung können auch Sie darauf hinwirken, dass bei den Neuköllner Jugendeinrichtungen nicht weiter gespart wird.

Nähere Informationen zu den Möglichkeiten, Vorschläge einzureichen, finden Sie unter:

<http://www.berlin.de/ba-neukoelln/org/steuerungsdienst>

Wir Grünen wollen mehr Bürgerbeteiligung bei Finanzfragen. Wir fordern die Einführung von Bürger\_innenhaushalten, bei denen Bürger\_innen selbst über einen Teil der Investitionen im Bezirk entscheiden können. Entscheidend ist dabei, dass diese Projekte dann auch umgesetzt und die Bürger\_innen über die Ergebnisse informiert werden. Um dies in den nächsten fünf Jahren umzusetzen, braucht es mehr Grün im Bezirk!

Hanna Schumacher

ANZEIGE

Jonas & der Wolf  
Irgendwas mit Medien

[www.jonasundderwolf.de](http://www.jonasundderwolf.de)



## VERWALTUNG MIT VERANTWORTUNG

## Unser Team für Neukölln

**Gabriele Vonnekold****Spitzenkandidatin**

Jahrgang 1952, Jugendstadträtin

*Für eine gute Jugendarbeit in Neukölln! Denn Kinder und Jugendliche verdienen die besten Chancen.*

Gabi Vonnekold ist seit 2006 Jugendstadträtin in Neukölln. Trotz schwieriger Haushaltslage hat sie erfolgreich für zahlreiche große und kleine Projekte zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in Neukölln gekämpft.

**Die Leitlinien ihrer Politik sind:**

- » Bessere Startchancen für Kinder und Jugendliche und die Vermeidung von Kinderschutzfällen
- » Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit
- » Planungssicherheit und Verlässlichkeit für die Freien Träger und ihre Mitarbeiter\_innen – Kündigungen aus politischem Kalkül sind tabu
- » Eine solide, langfristig angelegte Finanzpolitik

**Bernd Szczepanski****Platz 2**

Jahrgang 1948, Verlagskaufmann

*Für mehr Lebensqualität in den Wohngebieten durch wirksame Verkehrsberuhigung! Denn die Neuköllner Kieze gehören ihren Bewohner\_innen und nicht den Autos.*

**Catherine Michel****Platz 3**

Jahrgang 1973, Film- und Medienwissenschaftlerin

*Für bessere Kitas und Schulen in Neukölln! Denn gute Bildung ist für alle da.*

**Jochen Biedermann****Platz 4**

Jahrgang 1979, Selbstständig

*Für echte BürgerInnenbeteiligung! Denn Politik über die Köpfe der NeuköllnerInnen hinweg hatten wir lange genug.*

**Hanna Schumacher****Platz 5 (nicht im Bild)**

Jahrgang 1978, Rechtsreferendarin

*Für eine soziale Stadtentwicklung! Denn Verbesserungen in den Kiezen dürfen nicht zu Verdrängung führen.*

**Bertil Wewer****Platz 6**

Jahrgang 1959, Diplom-Betriebswirt

*Für alle in Nord-Britz, Hufeisen und Köllnischer Heide! Denn nur eine starke Stimme wird im Bezirk und in Berlin gehört.*

**Ursula Künning****Platz 7**

Jahrgang 1952, Diplom-Sozialpädagogin

*Für ein barrierefreies und gesundes Umfeld für alle! Denn wir wollen ein Neukölln für die ganz Jungen, für die Älteren und die alten Menschen.*

**Heinz Wagner****Platz 8**

Jahrgang 1962, Politikwissenschaftler

*Für den Erhalt der Jugendarbeit in Neukölln! Denn die Jugendlichen sind die Zukunft des Bezirks.*

**Mahwareh Christians-Roshanai****Platz 9**

Jahrgang 1970, Selbstständig

*Für gerechte Bildungschancen! Denn Bildung darf keine Frage der Herkunft sein.*

**Martin Kupfer****Platz 10**

Jahrgang 1953, Verwaltungsjurist

*Für einen Kiez für Alle! Denn Stadtentwicklung geht uns alle an.*

**Karen Ziemek****Platz 11**

Jahrgang 1976, Verwaltungswissenschaftlerin

*Für ein bürgernahes und effizientes Bezirksamt! Denn die Neuköllner\_innen wollen nicht ewig Schlusslicht bleiben.*

**Matthias Holland****Platz 12**

Jahrgang 1988, Student der Politik- und Verwaltungswissenschaften sowie des Öffentlichen Rechts

*Für eine Zukunft des Tempelhofer Feldes ohne Verdrängung! Denn Entwicklung darf nicht mit Vertreibung einhergehen.*

**Sofie Krotter****Platz 13 (nicht im Bild)**

Jahrgang 1986, Studentin der Geschichte und Soziologie

*Für ein Tempelhofer Feld ohne Bebauung innerhalb des Taxiways! Denn eine grüne Insel macht unseren Bezirk lebenswert für Jung und Alt.*

**Jürgen Kretz****Platz 14**

Jahrgang 1982, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag

*Für eine soziale und ökologische öffentliche Beschaffungspolitik! Denn auch Neukölln trägt globale Verantwortung.*

**Milena Oschmann****Platz 15**

Jahrgang 1984, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag

*Für ein grüneres Neukölln! Denn Klimaschutz fängt im Bezirk an, dafür müssen ab Herbst die politischen Weichen gestellt werden.*

**Dr. Christian Hoffmann****Platz 16**

Jahrgang 1962, Landschaftsplaner und Bodenkundler

*Für ein buntes Wohnumfeld! Denn Lebensqualität fängt vor der eigenen Haustür an - mit Grün, mit Kunst, Kultur und mit Interkulturalität.*

**Dr. Susanne Lippert****Platz 17**

Jahrgang 1965, Soziologin

*Für gelebte Demokratie in allen Lebensbereichen, auch in der Arbeitswelt! Denn Lebensqualität fängt nicht erst nach Feierabend an.*

**Michael Schneidewind****Platz 18 (nicht im Bild)**

Jahrgang 1952, Stadt-, Regional- und Landesplaner

*Für eine soziale Stadt im Klimawandel! Denn Klimaschutz beginnt schon im Kiez.*

**Christa Emde****Platz 19**

Jahrgang 1945, Buchhändlerin

*Für ein fahrradfreundliches Neukölln! Denn Radfahren ist gesund, preiswert und umweltschonend.*

**André Schulze****Platz 20 (nicht im Bild)**

Jahrgang 1987, Student der Mathematik

*Für mehr grün in der BVV! Denn für echte Bürger\_innenbeteiligung und eine transparentere Verwaltung braucht es starke Grüne.*

**Weitere Kandidat\_innen**

Platz 21: Annette Heppel  
 Platz 22: Sinan Ekmekci  
 Platz 23: Wiebke Leers  
 Platz 24: Martin Grafe  
 Platz 25: Henrike Ortmann  
 Platz 26: Wolfgang Ewert  
 Platz 27: Britta von Dreden  
 Platz 28: Dr. Peter Klopp  
 Platz 29: Dr. Susanna Kahlefeld  
 Platz 30: Kalle Erlacher  
 Platz 31: Deniz Sarak  
 Platz 32: Christian Kölling  
 Platz 33: Regine Wendland  
 Platz 34: Cemal Inan  
 Platz 35: Anja Kofbinger  
 Platz 36: Markus Soldner  
 Platz 37: Sabine Bangert  
 Platz 38: Axel von Zepelin







von links: Mahwareh Christians-Roshani, Bernd Szczepanski, Bertil Wewer und Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold



... und Renate Künast (3. von links)



## Neues aus Nord-Britz, Hufeisensiedlung und Köllnischer Heide

Renate Künast stand am 6. Juli 2011 den engagierten Jugendlichen von JuMiLo im Nachbarschaftstreff „mitten-drin“ in der High Deck Siedlung Rede und Antwort. Unsere Jugendstadträtin hatte ihren Urlaub abgebrochen und nahm zu den Kündigungen der freien Träger durch den amtierenden Bürgermeister Heinz Buschkowsky Stellung.

Eine kleine Tradition hat das gemeinsame Frühstück auf dem Kranoldplatz. Am 22. Juni 2011 veranstaltete das KranoldWederNetz wieder ein kostenloses Angebot an die Nachbarn, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Das Wetter meinte es gut und allen, die dabei waren, hat es sehr gut gefallen; die Zeit verging wie im Fluge. Überraschungsgast war unsere Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold, die eine kurze Begrüßungsrede hielt. Mal sehen, ob wir beim nächsten Mal noch mehr Menschen erreichen!

In Neubritz hatte die konsequente Haltung gegen Rechts Erfolg. Ein neuer Wirt wollte seiner Kneipe einen „germanischen“ Namen geben. Das ließ der Hauseigentümer nicht zu. Und nachdem die Vorstände von Spar- und Skatverein mit Umzug in ein anderes Lokal drohten, verschwanden auch

die rechtsradikalen Sprüche von den Toilettenwänden.

Das Rosenfest auf dem Dorfanger in Alt-Britz fiel dieses Jahr ins sprichwörtliche Wasser. Schade für die Veranstalter.

Der Verein proNeubritz war auch auf der 4. Britzer Bürgermeile mit einem eigenen Stand vertreten. Es konnten neue Vereinsmitglieder\_innen gewonnen werden und weitere Pat\_innen zur Befüllung der dogstations mit Hundekotbeutel. Leider ist es noch immer nicht gelungen, die Gewerbetreibenden davon zu überzeugen, dass es auf ihren kleinen Beitrag ankommt, um jährlich 100.000 „Tretminen“ weniger vor der Haustür zu haben. Wenn die zugesagten Spenden nicht eintreffen, wird das Projekt im Herbst nicht mehr weitergeführt werden können.

Am Tag der Offenen Tür in den Berliner Werkstätten für Behinderte am Unterhafen in der Lahnstraße gab es interessante Einblicke in die vielfältigen und durchaus anspruchsvollen Tätigkeiten der dort Beschäftigten. Übrigens gibt es hier von Montag bis Freitag eine leckere und preiswerte Kantine für Jede und Jeden mit Blick auf das Wasser. Die

Fritz-Karsen-Schule in der Hufeisensiedlung bekam durch einen Neubau zusätzliche lichtdurchflutete Räume mit vorinstallierter Technik. Da macht Lernen gleich noch viel mehr Spaß.

Der Nachbarschaftstreff „mitten-drin“ in der High Deck Siedlung veranstaltete einen türkisch-osmanischen Kulturabend. Die meist jungen Frauen hatten sich noch schöner gemacht in bunten mit Pailletten geschmückten Gewändern, Großstadtlook oder modischem Grenzgang zwischen Tradition und Moderne. Beeindruckend war der Auftritt der Berliner Janitscharenkapelle.

Und wenn sich in diesen Tagen junge Politikstudent\_innen als Konditor\_innen versuchen und Sie zur kostenlosen Torte einladen, dann sollten Sie gut aufpassen, dass Ihnen der Kuchen nach den Wahlen nicht auf den Magen schlägt. Und zum Schluss noch der Hinweis, dass die Redaktion sachdienliche Hinweise über den Verbleib der CDU-Direktkandidatin im Wahlkreis 3 entgegennimmt....

Bertil Wewer

## Was ist die BVV?

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist nach der Berliner Verfassung (Artikel 69–73) „Organ der bezirklichen Selbstverwaltung“. Sie besteht aus 55 gewählten Vertreter\_innen der Einwohner\_innen Neuköllns und ist, ähnlich wie ein Parlament, gegliedert in Fraktionen der bekannten Parteien.

Wie auch in den Flächenländern auf die kommunalen Selbstverwaltung in Gemeinden und Kreisen sind auch im Stadtstaat Berlin Verwaltungsaufgaben und zum Teil auch Entscheidungsbefugnisse auf die Bezirke übertragen. Die laufenden Verwaltungsgeschäfte werden von den Bezirksämtern wahrgenommen, gegliedert in fünf Ressorts mit jeweils einer/einem Stadträtin/Stadtrat als Verwaltungschef\_in, eine/einer davon in herausgehobener Stellung als Bezirksbürgermeister\_in (in Neukölln bislang fünf Stadträt\_innen plus Bürgermeister). Nach der kommenden Wahl werden es nur noch 4 Stadträt\_innen plus Bürgermeister\_in sein.

Als Entscheidungs- und Kontrollgremium, vergleichbar den Gemeinderäten und Kreistagen, gibt es in jedem Bezirk eine Bezirksverordnetenversammlung. Sie ist daher kein Teil der Legislative, sondern zweites Verwaltungsorgan. Sie wählt am Anfang der Wahlperiode die/den Bezirksbürgermeister\_in und die Stadträt\_innen. Der/die erstere wird traditionell von der stärksten Fraktion gestellt. Wenn sich genügend Bezirksverordnete anderer Fraktionen zu einer Zählgemeinschaft zusammenschließen, kann aber auch die/der Kandidat\_in einer kleineren Fraktion gewählt werden. Die weiteren Stadtratsposten bzw.

Stadträtinnenposten werden nach einem speziellen Berechnungsmodell (d'Hondt) auf die Parteien verteilt und durch Wahl lediglich bestätigt. So etwas wie eine Regierungskoalition gibt es nicht und auch keine Opposition im parlamentarischen Sinne.

Seit der Verwaltungsreform von 1994 steht den Bezirken ein verfassungsrechtlich abgesicherter Bereich der Eigenorganisation und Selbstbestimmung zu. Dies betrifft beispielsweise die Verwendung von Haushaltsmitteln im Rahmen des zugewiesenen Globalhaushaltes (der Beschluss über den bezirklichen Haushalt bedarf jedoch der Zustimmung des Abgeordnetenhauses) und das Recht zur Festsetzung von Bebauungsplänen. Hier liegen die wenigen echten Entscheidungsbefugnisse, denn die BVV kann darüber hinaus kaum Beschlüsse fassen, die die Verwaltung zwingend umsetzen müsste. Sie kann das Bezirksamt befragen (beispielsweise Kleine Anfrage, Große Anfrage, Mündliche Anfrage) und über Ersuchen sowie Empfehlungen an das Bezirksamt Verwaltungshandeln anregen. Durch unzureichende Finanzaufweisungen des Senats (und generell die prekäre Haushaltslage Berlins) ist der politische Handlungsspielraum ebenfalls sehr begrenzt.

Die BVV setzt für ihre Arbeit Ausschüsse ein, denen neben Bezirksverordneten auch so genannte Bürgerdeputierte angehören können, die auf Vorschlag der Fraktion von der BVV gewählt werden. In den Ausschüssen werden die alltäglichen Probleme des Bezirks (meistens) lösungsorientiert und sachkundig beraten.

Martin Kupfer



ANZEIGE

undkonsorten gratuliert zur neuen Homepage  
[www.gruene-neukoelln.de](http://www.gruene-neukoelln.de) und wünscht  
 viel Erfolg am 18. September!



undkonsorten  
 Die Berliner Internet-Agentur

[www.undkonsorten.com](http://www.undkonsorten.com)





MENSCHEN IM KIEZ:

## Cengiz Akyol

Einfach war sein Weg nicht, geradlinig schon gar nicht. Geboren in einem kleinen Dorf in Zentralanatolien, lebt er seit seinem dritten Lebensjahr im Norden Neuköllns. Cengiz Akyol ist 41 Jahre alt, die sieht man ihm nicht an. Wachser, neugieriger Blick, trotz wenig Schlaf keine Spur von Augenringen.

Seine Eltern kamen Anfang der 70er Jahre nach Deutschland, ohne Schulabschluss, die klassische Gastarbeiterbiographie. Er besuchte die Heinrich-Heine-Schule, seine Schwester die Rütli-Schule nebenan. Anschließend absolvierte er zwei Lehren, als Schlosser und als Nähmaschinenmechaniker. Später leistete er Militärdienst in der Türkei, nicht gerade ein Joker im Lebenslauf. Er besitzt noch immer keinen deutschen Pass, zwei Anträge blieben unbeantwortet.

Irgendwann hat Akyol angefangen, sich selbst zu erziehen. Er machte ein Kampfsport-Zertifikat, sein großes Jugendvorbild ist Bruce Lee. Das dokumentiert sein Lebensmotto: Was er macht, macht er mit voller Energie und bis zum Erfolg. Seine Qualifikation half ihm vor ein paar Jahren ein Sportangebot für Jugendliche im Kiez ins Leben zu rufen – das er allerdings mangels Finanzierung bald wieder aufgeben musste. Trotzdem ist der Sport sein Bindeglied zu den Jugendlichen geblieben.

Vor gut drei Monaten hat er in der Tellstraße das Café AKY eröffnet, gleich neben dem heutigen Campus Rütli, mit Veranstaltungsraum und Kleinkunsthöhle. Hier finden Konzerte statt und auch mal eine Podiumsdiskussion. An den anderen Tagen dürfen Künstler\_innen und

Musiker\_innen die Bühne zum Probieren nutzen.

Die Kinder und Jugendlichen im Kiez sind ihm sehr wichtig, er denkt sie bei seinen Aktivitäten immer mit: „Ich bin ein Teil vom Kiez“. Die ersten großen Events, die er – ohne jegliche Unterstützung für die ansässigen Quartiersmanagements – organisiert hat, waren ein Kinder- und ein Straßenfest in der Tellstraße im Rahmen von 48 Stunden Neukölln, mit großer Bühne, Live-Musik, Hüpfburg und Clown für die Kinder. Zusammenhalt und Verantwortung für die anderen zu übernehmen ist wichtig, das hat er in seiner großen Familie gelernt.

Henrike Ortman

### BERATUNG UND SELBSTHILFE FÜR ELTERN RECHTSEXTREM ORIENTIERTER JUGENDLICHER

## Erfahrungen des Projekts „Licht-Blicke Eltern Stärken“ und der Berliner Initiative „Eltern gegen rechts“

Für nicht rechtsextrem orientierte Eltern ist das Eintauchen ihrer Söhne und Töchter in rechtsextreme Erlebniswelten eine große Belastung. Die Positionen zwischen Eltern und Kind stehen unvereinbar nebeneinander: Sohn oder Tochter lehnen z. B. die fundamentale Gleichheit von Menschen ab, Gewalt wird als legitimes Mittel der Durchsetzung politischer Ziele akzeptiert. Der Konflikt um die rechtsextreme Gesinnung ist allgegenwärtig und droht zu eskalieren; es gibt kaum noch unverfängliche Gespräche im Familienalltag. Häufig holen sich Eltern erst Hilfe, wenn der Druck nicht mehr auszuhalten ist.

Für Eltern, die in die Beratung oder zur Selbsthilfe kommen, ist es ein Bedürfnis, über die eigene Familie und deren Beziehungen zu reflektieren, ohne sich in der Schuldfrage zu verheddern. Niemand ist vollkommen und in jeder Familie geschehen Dinge, auf die man nicht vorbereitet ist, Veränderungen, die zu Irritationen führen und die auch die Eltern schwächen und zu emotionaler Instabilität bei den Kindern führen können: Schwierige Trennungen, Verlust einer Vorbildperson bei den Kindern, häufige (berufsbedingte) Wohnortwechsel etc. Auch im sozialen Umfeld, z.B. in der Schule, können Ausgrenzungserfahrungen ebenfalls zur Schwächung des Selbstbewusstseins führen und die Affinität zu rechtsextremer Ideologie befördern, die ja gerade auf einfache Aufwertungsprozesse und Stärke durch Gemeinschaft setzt.

Forschungen zu diesem Thema zeigen, dass die Familie selten die Hauptursache ist, sondern viele Gründe auch außerhalb der Familie zu suchen sind. Eine Vielzahl von Faktoren ist in die Betrachtungen um eine neozistische, rassistische und antisemitische Haltung junger Menschen einzubeziehen. Frau Rommelspacher<sup>[1]</sup> weist auf die niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeiten, Peergroups,

Musik und das Machtmotiv Jugendlicher hin, welche für den Einstieg in die Szene eine entscheidende Rolle spielen können. Darüber hinaus gibt es genug Gelegenheiten, in den Einflussbereich der rechtsextremen Szene zu kommen. In verschiedenen Bezirken können Jugendliche auf diverse Angebote und Treffpunkte stoßen: der Szeneladen, der unter dem Ladentisch indizierte Musik verkauft, die Schulhof-CD (man kriegt sie einfach in die Hand gedrückt) oder der Kontakt über das Internet. Rechtsextreme setzen immer stärker auf soziale Netzwerke wie Facebook und Youtube. Jugendschützer\_innen warnen vor dieser häufig subtilen und ungestraften Verbreitung ideologischer Inhalte im Netz.

Gruppenfeindliche Einstellungen sind in allen Teilen der Bevölkerung unterschiedlich stark vorhanden. Noch bevor Jugendliche überhaupt in Kontakt zu rechtsextremen Organisationen kommen, erleben sie, dass rassistische und diskriminierende Haltungen in ihrem Umfeld, der sogenannten „Mitte“, verbreitet sind.

Für die Lösung des Problems können Eltern nicht die alleinige Verantwortung tragen. Gerade in der Pubertät werden Einflüsse des sozialen Umfeldes oft bedeutsamer als die Erziehung im Elternhaus. Die dort begonnene Werteerziehung im demokratischen und menschenrechtsorientierten Sinne sollte auch außerhalb der Familie ihre Fortsetzung und Entsprechung finden. „It takes a whole village to raise a child.“ (Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen)

(1) „Der Haß hat uns geeint. Junge Rechtsextreme und der Ausstieg aus der Szene.“

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher, Campus, 2006.

Eva Prausner

## Grüne Neukölln lassen sich von rechter Gewalt nicht unterkriegen

Alleine in diesem Jahr gab es bereits drei vermutlich von Rechten verübte Anschläge auf die Grüne Geschäftsstelle in Neukölln. Neben Farbanstrichen mit rechten Parolen wurde im Januar die Fensterscheibe der Geschäftsstelle mit einem Stein beworfen, der zum Glück niemandem im Raum Sitzenden verletzte. Mit dem letzten Anschlag im Juni wurde die Parole „Volksfeinde“ und im letzten Jahr der Name des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess auf den Rollläden gesprüht.

Die Grünen in Neukölln sind leider nicht die einzigen, die mit rechten Anschlägen und Übergriffen zu tun

haben; der Brandanschlag auf das Anton-Schmaus-Haus der Jugendorganisation „Die Falken“, bei dem es Tote hätte geben können, ist ein weiteres trauriges Kapitel in der Gewaltspirale von Rechts.

Wir Grünen lassen uns nicht davon abbringen, uns engagiert gegen jedwede Form von Rechtsextremismus, Rassismus, Homophobie und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzusetzen.

**Keine Macht den Nazis!**





## DU HAST DREI STIMMEN!

# Was und wie wird gewählt?

Am 18. September finden in Berlin Wahlen zum Abgeordnetenhaus (2 Stimmen) und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV'en) (3. Stimme) statt. Berlin ist ein Stadtstaat und damit gleichzeitig Bundesland und Gemeinde. Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalwahlen im verfassungsrechtlichen Sinne gibt es daher nicht. Die Berliner Bezirke sind Verwaltungseinheiten, denen gemäß Verfassung von Berlin und Bezirksverwaltungsgesetz partielle Selbstverwaltungsrechte zustehen (siehe Artikel „Was ist die BVV?“).

Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist ein Landesparlament, so wie die Landtage in den Flächenstaaten. Es wählt die oder den Regierende\_n Bürgermeister\_in (Chef\_in des Senats, der Landesregierung,) und die Senator\_innen (vergleichbar den Minister\_innen in den Flächenländern) und ist ansonsten für die Landesgesetzgebung zuständig. Auch kommunalpolitische Entscheidungen, die Berlin als Ganzes betreffen, sind dem Abgeordnetenhaus vorbehalten.

Berlin hat, ähnlich wie Deutschland auf Bundesebene, eine Kombination aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht, die sogenannte personalisierte Verhältniswahl. Daher wird für das Abgeordnetenhaus mit zwei Stimmen gewählt, die erste ist für den/die Direktkandidat\_in, die zweite für eine Partei bzw. deren Bezirks-

oder Landesliste. Nur die Zweitstimme entscheidet über das prozentuale Abschneiden der Parteien, sie ist daher eigentlich die Wichtigere! Beide Stimmen werden auf einem Stimmzettel mit zwei Spalten durch entsprechendes Ankreuzen abgegeben.

Alle fünf Jahre werden mindestens 130 Abgeordnete gewählt, 60 % direkt in ihren Wahlkreisen und 40 % indirekt über Landes- oder Bezirkslisten. Zur Zeit hat das Abgeordnetenhaus 149 Mitglieder, weil sich der Anteil über Listen gewählter Abgeordneter durch Überhang- und Ausgleichsmandate erhöhen kann (s. u.).

In den Wahlkreisen genügt die einfache (relative) Mehrheit der abgegebenen gültigen Erststimmen für den/die Kandidat\_in, um das Mandat zu erringen. Das können mitunter Werte unter 25% sein; eine untere Grenze gibt es nicht. Für die Verteilung der Gesamtmandate nach Verhältniswahlgrundsätzen werden die 130 Sitze auf die Parteien, die die Fünf-Prozent-Hürde überspringen konnten, entsprechend dem Verhältnis ihrer insgesamt im Land erreichten Zweitstimmenzahlen verteilt. (In Berlin nach dem Verfahren Hare/Niemeyer, eines von verschiedenen mathematischen Berechnungsmodellen zur Sitzverteilung in Parlamenten).

Sollten unabhängige, d. h. parteilose Wahlkreisbewerber\_innen Sitze errungen haben, werden diese vorher

abgezogen (kommt kaum vor). Von den so auf die Landes- und Bezirkslisten der Parteien entfallenden Sitzen werden die in den Wahlkreisen direkt errungenen Mandate abgezogen. Die verbleibenden Sitze werden entsprechend der Reihenfolge der Bewerber\_innen auf der Landes- oder Bezirksliste vergeben. Bewerber\_innen, die gleichzeitig in einem Wahlkreis per Direktmandat gewählt worden sind, bleiben auf der Liste unberücksichtigt.

Die Berliner Verhältnisse begünstigen das Entstehen von Überhangmandaten, denn der Anteil der über Listen gewählten Abgeordneten beträgt nur 40 % und es reichen bei vier starken Parteien in vielen Wahlkreisen vergleichsweise wenig Stimmen zur Erreichung eines Wahlkreismandates. Hinzu kommt der Effekt des „Stimmen-Splitting“: In vielen Wahlkreisen gibt es einen erheblichen Anteil Wähler\_innen von Parteien, deren bevorzugte\_r Kandidat\_in wenig Chancen hat und die deshalb bei den Bewerber\_innen anderer Parteien, die sie für das „kleinere Übel“ halten, ihr Kreuz machen. So kommt es nicht nur theoretisch dazu, dass eine Partei mehr direkt gewählte Mandatsträger\_innen im Abgeordnetenhaus hat, als ihr nach dem prozentualen Stimmenanteil zustehen. Mit anderen Worten: Gewinnt eine Partei in den Wahlkreisen mehr Mandate, als ihr nach dem Verhältnis-

ausgleich zustehen, verbleiben diese Sitze der Partei. Dies sind dann die so genannten Überhangmandate. Da die Sitzverteilung im Parlament zumindest annähernd dem prozentualen Anteil der erreichten Stimmen entsprechen soll, werden den Überhangmandaten Ausgleichsmandate für die übrigen Parteien hinzugefügt, um das Verhältnis auszugleichen.

Die Berechnung erfolgt nach einem komplizierten System, wer daran interessiert ist kann auf der Seite <http://www.wahlrecht.de/landtage/berlin.htm> fündig werden.

Stimmen-Splitting ist erlaubt, aber grundsätzlich gilt: Beide Stimmen für Grün!

Mit der dritten Stimme wird auf einem weiteren Stimmzettel die

Bezirksverordnetenversammlung (BVV) unseres Bezirks gewählt. Für diese Wahl gilt: Auch Jugendliche ab 16 Jahren und in Neukölln mit Hauptwohnsitz gemeldete EU-Bürger\_innen sind wahlberechtigt. Lediglich 3 % der abgegebenen Stimmen sind mindestens notwendig, um einen Sitz zu erlangen. Die BVV-Wahl ist eine reine Listenwahl. Im Unterschied zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus haben die Wahlberechtigten nur eine Stimme, mit der sie eine Wählervereinigung bzw. Partei wählen können. Einzelkandidaturen von Personen sind nicht möglich, Überhang- oder Ausgleichsmandate gibt es nicht.

Martin Kupfer



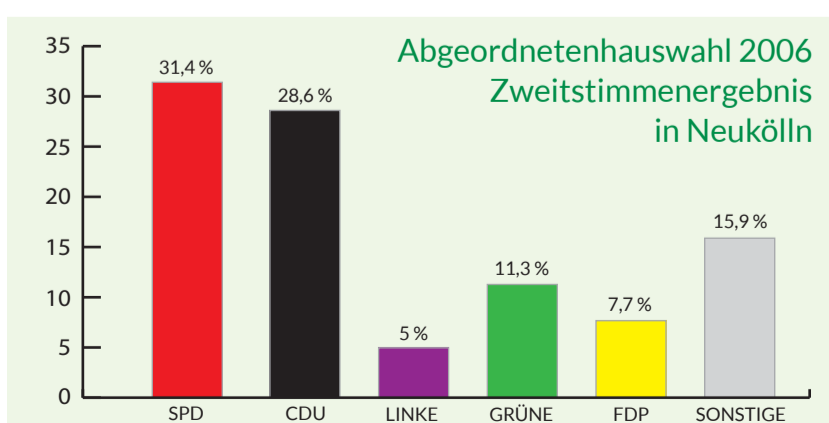
## Was wir erreicht haben

1. Bündnis 90/Die Grünen hat sich im Bezirk vehement gegen die Kürzungen in Bereich der präventiven Jugendarbeit eingesetzt und durch intensive Vernetzung des Jugendamtes mit allen Beteiligten und der Fachöffentlichkeit die Arbeit des Jugendamtes nachhaltig verbessert und gestärkt.
2. Auf Drängen von Bündnis 90/Die Grünen hin wurde die Bürger\_innenbeteiligung und Transparenz im Bezirk und in der Verwaltung ausgebaut.
3. Unter der Federführung der grünen Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold wurde der Lokale Aktionsplan (LAP) eingeführt, der Mittel für Projekte gegen demokratiefeindliche Tendenzen zur Verfügung stellt.
4. Auf grüne Initiative hin wurde eine Resolution gegen die Kürzung der Städtebauförderung verabschiedet, um die erfolgreiche Arbeit der Quartiersmanagements (QM) in Neukölln zu garantieren.
5. Der begonnene Umbau der Karl-Marx-Straße und der Umbau des Platzes der Stadt Hof zum verkehrsberuhigten Bereich entsprechen einem von Bündnis 90/Die Grünen erarbeiteten Konzept.

6. Auf zwei von den Grünen veranstalteten Neukölln-Konferenzen wurde intensiv über Nutzungsideen, Vorstellungen und Konzepte für das Tempelhofer Feld diskutiert. Dabei war man sich einig, dass die Freiflächen erhalten und die soziale Infrastruktur für die umliegenden Quartiere gestärkt werden sollte.
7. Unter der grünen Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold wurden in Neukölln 10 neue Schulstationen eingerichtet und mit Sozialarbeiter\_innen besetzt.
8. Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln haben sich erfolgreich für den Erhalt sozialer Einrichtungen wie z.B. Seniorenfreizeitanlagen, Obdachloseneinrichtungen oder soziale Beschäftigungsprojekte eingesetzt.
9. Auf grüne Initiative hin hat das Bezirksamt ein interkulturelles Leitbild erarbeitet und den Migrationsbeirat stärker in die Arbeit der BVV einbezogen.
10. Auf grünes Drängen hin werden Energieausweise für Gebäude im Bezirk erstellt, die im Internet eingesehen werden können.

## Was wir noch erreichen wollen

1. **Eine neue politische Kultur im Bezirk**  
Gegen eine Politik nach Gutsherrenart. Wir wollen den Bürger\_innen zuhören und mit ihnen gemeinsam Lösungen für Neukölln entwickeln.
2. **Jugendarbeit erhalten und ausbauen**  
Die Sicherung der Chancen unserer Jugend hat für uns größte politische Priorität. Wer hier spart, verspielt die Zukunft aller.
3. **Tempelhofer Feld bewahren**  
Das Tempelhofer Feld soll bewahrt werden. Im Mittelpunkt aller Planungen muss die soziale, ökologische und bildungspolitische Stärkung der umliegenden Quartiere stehen.
4. **Faire Mieten für Neukölln**  
Wir fordern eine unabhängige Mieter\_innenberatung, um Mieter\_innen gegen überzogene Mieterhöhungen zu unterstützen.
5. **Energetische Sanierung statt übertünchen**  
Bei der Sanierung der bezirklichen Gebäude legen wir keinen Wert auf Repräsentanz und Pomp, sondern auf eine konsequente energetische Sanierung.
6. **Bildungsverbände und Schulstationen ausbauen**  
Die erfolgreichen Schulstationen und Bildungsverbände zwischen Jugendeinrichtungen, Kitas und Schulen müssen weiter ausgebaut werden, denn nur eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Lehrer\_innen, Erzieher\_innen, Sozialarbeiter\_innen und Eltern kann allen Kindern bessere Bildungschancen sichern.
7. **Umweltfreundlicher Verkehr statt A 100**  
Kein Weiterbau der A 100! Fahrradstraßen und Fahrradstreifen müssen ausgebaut und der Verkehrsraum für Fußgänger\_innen erweitert werden.
8. **Keinen Meter nach Rechts**  
Den Rechten werden wir uns auch weiterhin entschlossen und mit friedlichen Mitteln entgegen stellen.
9. **Verwaltung interkulturell öffnen**  
Bei Stellenausschreibungen sollen künftig Mehrsprachigkeit und Interkulturalität als besondere Qualifikation berücksichtigt werden.
10. **Kultur? Ja, bitte!**  
Wir wollen einen Ausbau von individueller Beratung auf Bezirksebene, auch in Bezug auf Drittmittel-Akquise und Förderprogramme.



ANZEIGE